

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: jezt 20 Pfennig monatlich 2,00 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark, eine Zustellungsgebühr. Bezugsort: Druck: Druckerei-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, 40825, Halle, Verlegerstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Zehntel Meter Höhe und Breite; 70 Pfennig für Restzeile in Zeitungsnummer zu richten nach Halle, Verlegerstraße 14. Einzelnummern: 2 Pfennig. Halle, Verlegerstraße 14. Druck: Druckerei-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, 40825, Halle, Verlegerstraße 14.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Freitag, 3. Juni 1927

7. Jahrgang • Nr. 129

## Tschangtsolin vernichtend geschlagen Sieg der revolutionären Wuhan-Truppen — Ein Schlag gegen den Weltimperialismus

(Eig. Drahtm.) Wuhan, 3. Juni.

Nach schweren Kämpfen hat die Armee von Wuhan die Stadt Tschangtsolin in Honan, das Einfallstor nach Nordchina erobert und Tschangtsolin vernichtend geschlagen. Über 100 000 Soldaten der Nordarmee wurden gefangen genommen und entwaffnet. Tschangtsolin befindet sich auf der Flucht nach der Mandchurie. In Erwartung des völligen Zusammenbruchs seiner Regierung haben Großbritannien und Frankreich beschlossen, einen Teil ihrer in China befindlichen Truppen nach Peking zu verlegen. Wie aus Tokio gemeldet wird, haben die Vertreter verschiedener Arbeiterorganisationen beschlossen, im ganzen Lande einen Streik gegen die Entsendung weiterer Truppen nach China und für Zurückziehung der bereits dort hin entsandten Streikkräfte zu unternehmen.

Die obige Meldung, die wir durch die Vermittlung der Berliner Telegrammagentur der Wuhan erhalten, wird durch eine kurze Meldung der französischen bürgerlichen Zeitung „Information“ bestätigt. Diese Zeitung meldet aus Peking, daß Tschangtsolin von den Südrückern besetzt wurde. Gleichzeitig hat Tschangtsolin mehrere Meilen Südrückern bei seinem Vormarsch gegen die Nord-Truppen erzielt.

Der Zusammenbruch der Armee Tschangtsolins ist für die weitere

gesamte weltpolitische Entwicklung von ungeheurer Bedeutung. Die Tragweite dieser vernichtenden Niederlage der von Japan und England mit allen technischen Mitteln ausgerüsteten Nordarmee ist gar nicht abzusehen. Englands politisches Erschütterung erfahren. England und Japan haben vor der Frage, ob sie in einem offenen Feldzug gegen die chinesische Freiheitsbewegung sich vollends enttarnen oder versuchen müssen, neue chinesische Armeen auszurufen. Nach dem Zusammenbruch Tschangtsolins wird dies ein fast ausschließliches Unternehmen sein.

Die letzten Entscheidungen sind noch nicht getroffen. Nach dem Zusammenbruch der Nordarmee wird die Haltung von Fongyusiang eine besondere Rolle spielen. Wird Fongyusiang der Revolution bis zum Ende treu? Das ist die Frage, die heute im Mittelpunkt des Interesses steht. Die Praxis kann erst die letzte Antwort geben.

Eins steht fest: Der Sieg der von allen Seiten beschimpften Arbeiterregierung gegenüber der mit Geld und Waffen mobilmachteten, zahlreich bewaffneten Nordarmee, ist ein Sieg der revolutionären Moral über den Geist der Reaktion. Gegenüber der heroischen Entschlossenheit einer Armee, die um eine Idee kämpft, haben die Kanonen und die Maschinengewehre der weißen Armee, die Pläne Herings und die japanischen Vess nicht genügt. Das ist eine entscheidende Lehre, die sich in einem Krieg des Imperialismus gegen die Sowjetrepublik ebenfalls bestätigen würde.

### Zum Tage

Halle, 3. Juni.

Der Aufbruch des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, den wir in unserer gestrigen Nummer veröffentlicht haben, hat es den SPD-Führern angefallen. Die Abendausgabe des gestrigen „Vorwärts“ antwortet mit einem Leitartikel, den wir am liebsten vollständig veröffentlichen würden, damit die Arbeiter die ganze Gefahr erkennen, die das Verhalten der verräterischen sozialpatriotischen Führer bedeutet. Erstens wird gesagt, daß die Politik von Chamberlain und der englischen Reichstag keine „unmittelbare Kriegsgefahr“ darstellt. Man sieht, die Leute lernen. Früher galt es überhaupt als ein Wahnsinn, wenn Kommunisten von Kriegsgefahr sprachen, jetzt wird nur die „unmittelbare“ Kriegsgefahr verneint.

Sie beschwerten sich darüber, daß der Aufbruch, den Duzhmarisch der Truppen und den Transport der Munition durch Deutschland als eine Selbstverständlichkeit im Falle des Krieges aufgeführt. Dazu bemerkt der „Vorwärts“: „Diese für Russland ungünstige Situation wird also ohne weiteres als die selbstverständliche (1) Selbstverständlichkeit aber nicht selbstverständlich, aber der Sozialismus ist einmal da und seine unheimlichen Folgen für Deutschland, die die Kommunisten vor und nach Ablauf des Krieges immer wieder aufgespielt haben, wagt jetzt nicht einmal der „Vorwärts“ mehr zu bezweifeln. Selbstverständlich ist nur eins: daß diese Leute die Kriegsgefahr so lange leugnen werden, bis der Krieg in seiner blutig-schauerlichen Wirklichkeit da ist.“

Ein förmliches Aufgeheul erhebt der Leitartikel wegen der Angriffe des Aufbruchs auf die sozialpatriotischen Führer. „Die Kommunisten beschimpfen die wahren Friedensfreunde, die stärksten Friedensfaktoren.“ Dabei wird in aller heuchlerischer Weise die sozialistische Arbeiterbewegung den sozialpatriotischen Führern gleichgesetzt.

Es wäre zwecklos, den SPD-Führern ein ABC der Dialektik einzupauken zu wollen. Aber mit Verlaub: Wer hat, statt die Kriegspropaganda anzugehen, eine Hege gegen die 3. Internationale eingeleitet? Die rechten und die „linken“ SPD-Führer von Berlin bis Leipzig und Wien. Wer glaubte, sich wie ein Kasperl auf die Leiche Hantaus fügen zu müssen? Was! Der! Wo stellt sich nicht so beliebt, wenn die Wahrheit über die Politik der sozialdemokratischen Führer gesagt wird!

Die hallische Leuna-Versammlung (über die wir am anderen Tage berichten) hat manche politische Lehren mit sich gebracht, die im Interesse der Bewegung gegen die Kriegspropaganda nicht unerwähnt bleiben sollen. Die erste Lehre: Nur eine kleine Schaar der wirklich klaffenmüden Arbeiter hat den ungeheuren Ernst der Lage bis jetzt begriffen. Sicher wird in den Betrieben viel mehr diskutiert, als vor einigen Monaten. Alle sagen: „Wir gehen nicht mit!“ Aber wie viele begreifen nicht, daß ein neuer Weltkrieg keine Wiederholung des Weltkrieges von 1914 sein wird, und daß es nicht auf die Wende des Krieges ankommt, sondern auf die Bekämpfung der Krieges ankommt. „Wir sind die Vorhut“, sagte mit diesem Ernst ein parteiloser Arbeiter, der in diesem Augenblick begriffen hat, welche Aufgaben heute einer entschlossenen Vorhutgabe bevorstehen. Wie viele schlafen noch! Wie viele werden durch die schwere, Geist und Körper tödende Arbeit gerührt!

Die andere Lehre: Um so erfreulicher ist die Klarheit, mit welcher die Arbeiter der Rüstungsbetriebe, wenigstens ein Teil von ihnen und immerhin ein ansehnlicher Teil, die die Kriegsgefahr erkannt haben. Die unbedingte Solidarität mit Sowjet-Rußland hat in den Augenzeugen und im Verhalten kommunistischer, parteiloser und auch einiger sozialdemokratischer Arbeiter mit solcher Deutlichkeit zum Ausdruck. Hier haben benutzte und unbewusste Agenten der Imperialisten nichts zu suchen. Das konnten die Propagandisten gestern ein für allemal zur Kenntnis nehmen.

Der hallische „Mehrwort“ vom 1. Juni nimmt in einem Leitartikel Stellung gegen die Restorientierung Deutschlands. Mit einer Deutlichkeit, die sich in der hiesigen Presse bis jetzt nie bemerkbar gemacht hat, wird erklärt: „Wir wollen keinen Krieg mit England und Frankreich gegen Russland. Es sei allen Verantwortlichen eingeschärft: in keinem Falle (Einnahme Deutschlands) reaktiviert das deutsche Volk in den nächsten Schritten.“ Was ist das? Ebenfalls ein Zeichen dafür, daß breite Kreise der Mitgliedschaft aus der nationalistischen Verbände gegen die Kriegsgefahr der sozialistischen Führer rebellieren, und daß ihre Presse diesem Umstand Rechnung tragen muß!

## Chemiebetriebe in Front!

Proteste gegen Kriegsprovokationen — Roter Gruß zum Pflingttreffen — Betriebsdelegationen

In einer gestern stattgefundenen Versammlung der hallischen Leuna-Arbeiter wurde nach einem Referat des Genossen Emil Faschin (Berlin) folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 2. Juni im „Vorwärts“ vermittelten hallischen Arbeiter der Leuna-Werke existieren in dem Londoner Ueberfall auf die Räume der Sowjetbetriebsdelegation und im Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion eine Verunsicherung nicht nur des ersten Arbeiters und Bauernstaates, sondern der arbeitenden Massen der ganzen Welt. Die Kriegsgefahr ist durch die Provokationen des britischen Imperialismus, durch die wachsenden Rüstungen und die in größtem Maße betriebenen Vorbereitungen zu einem Feldzug gegen die Sowjetunion in unmittelbare Nähe gerückt worden.

Die Arbeiter der Großbetriebe Deutschlands können der drohenden Gefahr gegenüber nicht untätig bleiben. Sie wissen, daß die Neutralitätserklärungen, die jetzt in Deutschland laut werden, von den deutschen Bürgern und ihrem haushälterisch-militärischen Gewaltapparat gegebenenfalls wie ein Papiertuch behandelt werden.

Die Leuna-Arbeiter wollen mit maßnahmen Augen das verheerende Treiben der Kriegstreiber in Deutschland. Es entgeht ihnen nicht, daß die Kriegshege gerade hier in Mitteldeutschland in der Hochburg des deutschen Trustkapitals, mit allen Mitteln geführt und gefördert wird. Deshalb rufen sie den Beschäftigten der chemischen Großbetriebe Mitteldeutschlands, und den Gesamtarbeiterschaft, sowie allen ehrlichen Gegnern eines neuen imperialistischen Völkergemeinwesens zu:

Dabei keine offenen und geheimen Vorbereitungen zu einer Einbeziehung Deutschlands in die Kriegstreiber gegen die Arbeiter- und Bauernrepublik!

Deutschland darf kein Anmarschgebiet im imperialistischen Krieges werden!

Hände weg von Sowjet-Rußland!

Die verarmten Leuna-Arbeiter haben aus den Niederlagen des revolutionären Proletariats in Mitteldeutschland gelernt. Sie wissen heute, daß nur die geschlossene einheitliche Front der Arbeiterbetriebe des Imperialismus und dem Bürgerkriegsrisiko gegenüber handhaben und der Sache des Proletariats zum Siege verhelfen kann. Deshalb erheben sie in dem Berliner zum Pflingttreffen eine maßvolle Kundgebung für die Befreiung des Friedens. Nur der revolutionäre Massenapparat des Pflingttreffens ist ein Aufmarsch nicht nur der kämpfenden Vorhut der Klassenbewußten Arbeiterbetriebe, sondern auch ein Signal zur Aufstellung der Millionen von Wehrfähigen, die den ungeheuren Ernst der heutigen Lage noch nicht begriffen haben.

Die verarmten Leuna-Arbeiter werden alles tun, damit der letzte indifferenten Arbeiter im Leuna-Werk über die drohende Kriegsgefahr aufgestellt wird und sich am 5. Juni in Berlin am Marsch der roten Klassenfront anschließt.

Roter Leuna-Gruß dem roten Berlin!

Die Leuna-Arbeiter senden eine Delegation zum roten Pflingttreffen in Berlin.

### Die Vieckertiger Großbetriebe gegen den neuen imperialistischen Krieg

Gestern fand in Vieckert eine kombinierte Versammlung der Beschäftigten von Vieckert und Sprengstoffwerk sowie der Gewerkschaften statt, in der nach einem Referat des Genossen Faschin und einer lebhaften, in einheitlichem Sinne folgenden Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Beschäftigten der Vieckert, Sprengstoff- und Gummiwerke des Industriebezirks Wittenberg haben sich heute, den 2. Juni, im Gewerkschaftssaal versammelt, um ihre Meinung zu den Gefahren eines neuen imperialistischen Krieges in aller Deutlichkeit kundzutun.“

Die stetige Weltverunsicherung des ersten proletarischen Staatenbundes, der russischen Sowjetunion und ihr revolutionäres Eintreten für die Arbeiter aller Länder steht im Widerspruch aller Widerstände. Der größte Widerstand, der mit den imperialistischen Plänen der englischen Bourgeoisie, der konsequenten Fortsetzung ihrer seit Jahrhunderten betriebenen Kolonialpolitik, verbunden mit Verfassung und Ausbeutung der unterdrückten Kolonialländer. Nicht nur China, sondern auch Sowjet-Rußland soll zu einer englischen Ausbeutekolonie gemacht werden unter Beibehaltung aller Widerstände. Der größte Widerstand, der mit den imperialistischen Plänen der englischen Bourgeoisie, der konsequenten Fortsetzung ihrer seit Jahrhunderten betriebenen Kolonialpolitik, verbunden mit Verfassung und Ausbeutung der unterdrückten Kolonialländer. Nicht nur China, sondern auch Sowjet-Rußland soll zu einer englischen Ausbeutekolonie gemacht werden unter Beibehaltung aller Widerstände. Der größte Widerstand, der mit den imperialistischen Plänen der englischen Bourgeoisie, der konsequenten Fortsetzung ihrer seit Jahrhunderten betriebenen Kolonialpolitik, verbunden mit Verfassung und Ausbeutung der unterdrückten Kolonialländer. Nicht nur China, sondern auch Sowjet-Rußland soll zu einer englischen Ausbeutekolonie gemacht werden unter Beibehaltung aller Widerstände.

Die Versammelten geben sich nicht der Täuschung hin, als ob mit diesem Akt keine Kriegsgefahr verbunden sei. Schon die Tatsache, daß sich England in Frankreich und Deutschland verbündet gegen Sowjet-Rußland, und die Militärmaßnahmen zufolge, nur noch um den Preis der Unterwerfung geschaher wird, ist die Ergründung einer Kriegsgefahr um so heller beleuchtet. Aber Krieg gegen Rußland bedeutet Krieg gegen die einzige, die die proletarische Revolution. Eine Vernichtung bedeutet zugleich die Schwächung der proletarischen Kampfeskraft, aber auch Sieg der internationalen Bourgeoisie über das internationale Proletariat auf Jahre hinaus.

Die Chemiearbeiterbetriebe insbesondere fühlen sich verpflichtet, mit aller Kraft an die Organisation des Kampfes gegen den Krieg heranzutreten. Wir sind uns als tätige und Sprengstoff produzierende Arbeiterbetriebe der Größe unserer Aufgaben durchaus bewußt. Doch wir wollen und werden die Sieger sein!

Darum erklären sich die Beschäftigten solidarisch mit dem großen Weltkampf der revolutionären Truppen in China und Japan gegen den Imperialismus, mit dem ersten Friedenswilligen Sowjet-Rußland und geloben, die größte Mühsal zu erdulden, wenn es gilt, den Angriff auf Sowjet-Rußland entschieden abzuwehren.

Die Versammlung beschloß, eine Delegation der Betriebe zum Pflingttreffen des 5. Juni, und zur Finanzierung eine Sammelaktion zu organisieren.

## Was wollen die Linken?

Wenn der sozialdemokratische Parteivorstand geglaubt hat, daß er durch sein jetziges Auftreten in Kiel die Debatte innerhalb der SPD über die Taktik zum Abschluß bringen würde, so zeigt schon jetzt ein Blick in die sozialdemokratische Presse, wie sehr er sich dabei getäuscht hat. Die sogenannte „links“-sozialdemokratische Presse veröffentlicht die Taktik für Tag Disputationsartikel über den Kieler Parteitag und selbst die ganz rechtsstehenden SPD-Zeitungen sehen sich gezwungen, sich erneut mit dem Parteitag zu beschäftigen.

So zunächst die Disputationsartikel der „Linken“ auch sind, so wenig man noch vergebens Klarheit oder auch nur Uebereinstimmung in ihren Artikeln finden. In der Chemnitzer sozialdemokratischen „Vollstimme“ wird behauptet, daß die „Opposition“ auf dem Kieler Parteitag in fünf verschiedene Gruppen auseinandergefallen ist. Die Chemnitzer „Vollstimme“ sagt aber nicht, wodurch diese fünf Gruppen sich politisch von einander unterscheiden. Aber diese Frage ist nichtig, weil die klare Ausarbeitung der Differenzen den Massen erst ein Bild davon gibt, ob es sich bei den Differenzen, wie die „Vollstimme“ behauptet, wirklich um „Schicksalsfragen“ handelt.

Die vermehrte Diskussion in den „linken“ sozialdemokratischen Blättern erklärt zum Teil weshalb die sogenannte Opposition in Kiel unterlegen ist oder richtiger gesagt, kapituliert hat. Der „Disputationsartikel“ ist an Klarheit, und fast die Klarheit durch grundsätzliche Auseinandersetzungen vor dem Parteitag zu schaffen, beginnt die „Opposition“ erst jetzt die Probleme zu stellen und die Differenzen gegenüber dem Parteivorstand ausführlicher heraus-

## Sturmflutkatastrophe in Nordwestdeutschland und Holland

Bisher 20 Tote und 250 Verletzte

(Siehe Seite 11.)

arbeiten. Typisch für die „Opposition“ und zugleich eine Bestätigung für ihre Beurteilung durch die kommunistische Partei ist ein Aufsatz von Karl Bögel in der Chemnitzer „Vollstimme“. Bögel betont mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß die „Opposition“ keinesfalls gegen die Koalition mit bürgerlichen Parteien um jeden Preis sei. Die linken sozialdemokratischen Führer bestätigen also erneut, daß auch sie grundsätzlich Anhänger der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien seien. In Bögels Aufsatz werden nicht einmal die monarchistischen Parteien von dieser Koalitionseinstellung der „Linken“ ausgenommen. Für Bögel beschränkt sich die Differenz mit dem Parteivorstand auf folgende Frage:

„Was nun dürfen wir in eine Koalition gehen?“  
Wenn man, wie Bögel, auf dem Standpunkt steht, daß die Koalition überhaupt zulässig ist, dann hängt die Frage, ob man in eine Regierung eintreten will, nur von den besonderen Umständen ab. Da man hätte die Kieler Mehrheit unter Führung des Parteivorstandes auch vollkommen recht, die Resolution der „Opposition“ abzulehnen. Da man mußte der Kieler Parteitag sich freie Hand für den Eintritt der SPD in die Reichsregierung vorbehalten. Denn natürlich kann bis zum nächsten SPD-Parteitag die Situation sich ändern, das vielleicht auch die „Linken“ die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung für begründet erklären könnten.

Nun hat aber die Leipziger Zeitung behauptet, daß in der gegenwärtigen Epoche die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie die Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus sei. Hierfür und die Mehrheit der SPD, glauben diese Aufgabe nicht durch Opposition, sondern durch Koalition mit kapitalistischen Parteien lösen zu können. Bögel hat gegen diese Beweisführung Hinführendes grundsätzlich nichts einzuwenden. Er ist prinzipiell mit dem Parteivorstand einig, und eine prinzipielle Opposition muß natürlich unterliegen.

In der „Leipziger Volkszeitung“ wird die Frage zwar etwas klarer gestellt. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: Der Sozialismus aber ist nur zu verwirklichen gegen das Widerstreben aller bürgerlichen Parteien. Die „Weimarer“ Parteien, die Demokraten und das Zentrum sind nicht weniger feindselig als die Reichsparteien. Es kam also nicht darauf ankommen, „Mehrheiten“ zu gewinnen und zu erhalten. (Mehrheiten also in Verbindung mit linksstehenden bürgerlichen Parteien.) Mit solchen Mehrheiten ist der Gegenstand nicht aufzulösen.

Aber wer nun glauben sollte, daß die „Volkszeitung“ den einzigen möglichen Schluss zieht, jede Koalition um jeden Preis zu verwirklichen, der irrt sich gewaltig. In früheren Artikeln hat die „Leipziger Volkszeitung“ mit aller Deutlichkeit den Standpunkt Bögels vertreten, daß auch die linken SPD-Beute keine grundsätzlichen Gegner der Koalition seien, und auch in dem oben erwähnten Artikel betont er, daß die „Linken“ gegen die Wahlpolitik nur einzuwenden hätten, daß man unter allen Umständen in die Regierung müsse.

Einem viel klareren und wirklich koalitionsfeindlichen Standpunkt vertreten allein die proletarischen Elemente in der SPD, die an dem Kieler Parteitag und an die schließliche Delegation offene Briefe gerichtet haben. In diesen Briefen wird grundsätzlich der Standpunkt der Koalitionspolitik verlangt. Und auch in den jetzigen Presseauslassungen wegen die zentralistischen Führer es nicht, sich mit ihren proletarischen Parteigenossen auseinanderzusetzen. Auch die zentralistischen Parteigenossen ist. Die „linken“ sozialdemokratischen Zeitungen betonen in ausführlicher Weise, daß die Opposition in Kiel bei den Wahlen etwa ein Drittel der Stimmen erhalten hätte. Dieses Interesse für die schmerzliche Reichswehr“ aus der Weltbühne“ und dem „Berliner Tageblatt“ eröffnet hat. Dieser Artikel erschien in der „Roten Fahne“ am 21. November 1923.

## Was alles Landesverrat ist

(Eig. Drahtim.) Berlin, 3. Juni.

Der Redakteur der „Roten Fahne“, Genosse Friedrich Stude, erzählte gestern eine Vorladung zur Pressestelle der Abteilung I. Dort erhielt er die Mitteilung, daß der Oberreichsanwalt Berner gegen ihn als den feinsten verantwortlichen Redakteur ein Landesverratsverfahren wegen Nachdrucks von „Entfaltungen über die schwarze Reichswehr“ aus der Weltbühne“ und dem „Berliner Tageblatt“ eröffnet hat. Dieser Artikel erschien in der „Roten Fahne“ am 21. November 1923.

## Die Republik, wo alles möglich ist

(Eig. Drahtim.) Berlin, 3. Juni.

Wie die „Tägliche Rundschau“ berichtet, wurde der Landesverrat für G u e s s von der preussischen Regierung wieder übernommen und wird an einem Sonntag auf der Weltbühne veröffentlicht werden.

## Englische Spionage in Sowjet-Rußland

Anglows Enthüllungen — Ein Mahnwort an Deutschland

(M.T.S.) Moskau, 1. Juni.

Im Plenum des Moskauer Sowjet hielt der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, eine Rede über den englischen Bruch. Hinsichtlich der Beschuldigungen der englischen konservativen Regierung gegen die Sowjetregierung von 1921 als bremische Aktion, daß die Quelle für diese Beschuldigungen handig gefällige Dokumente zu sein stiegen, was die Sowjetregierung mehrmals aufgedeckt habe. Dabei sei genau festgestellt worden, daß die englische Mission in Moskau in den letzten Tagen sich die ganze Zeit damit befaßt habe, Schriftstücke zu verbrennen, obgleich im Sowjetlande Ueberfälle auf exterritoriale Bünaulastigkeiten sich nicht ereigneten und sich auch nicht ereignen würden. Die Sowjetregierung habe nie dagegen Einspruch erhoben, daß Sowjetbürger für Spionagedelicten nach den Gesetzen des betreffenden Landes gerichtlich bestraft würden. In derselben Weise sei die Sowjetregierung gegen englische Spionage vorgeworfen, denen eine ganze Truppe von Spionagen aus England organisiert, und bei demselben verhaftet worden. Von der englischen Spionagetätigkeit zeuge auch folgendes Zitat aus einem Briefe des englischen Konsuls in Leningrad, Prekon, vom 22. April 1924, der an die britische Mission in Moskau gerichtet sei und folgendermaßen laute: „Beziehung nötiger Informationen fällt mir nicht leicht, denn meine russischen Vorgesetzten mit derartigen Aufträgen aussehend, sehen sich enormer Gefahr aus, von G. P. U. wegen Spionage gehängt oder gequält zu werden.“

Für die Sowjetregierung ist es unzweifelhaft, daß die Spionage eine unmittelbare Funktion eines kapitalistischen Staates sei, und daß die Sowjetregierung gegen englische Spionage vorgeworfen, denen eine ganze Truppe von Spionagen aus England organisiert, und bei demselben verhaftet worden. Von der englischen Spionagetätigkeit zeuge auch folgendes Zitat aus einem Briefe des englischen Konsuls in Leningrad, Prekon, vom 22. April 1924, der an die britische Mission in Moskau gerichtet sei und folgendermaßen laute: „Beziehung nötiger Informationen fällt mir nicht leicht, denn meine russischen Vorgesetzten mit derartigen Aufträgen aussehend, sehen sich enormer Gefahr aus, von G. P. U. wegen Spionage gehängt oder gequält zu werden.“

Für die Sowjetregierung ist es unzweifelhaft, daß die Spionage eine unmittelbare Funktion eines kapitalistischen Staates sei,

was eine Reihe von Rednern im Unterhause reiflich ausgebeugt habe.

Im Lichte der internationalen Politik ist der Bruch ein Verstoß der englischen Regierung, ihre Lage durch die

Prozession eines Krieges zu verbessern, während dessen sie die Rolle eines Führers zu spielen hofft, während die anderen Mächte die grobe Arbeit eines Kriegsbeteiligten werden lassen müssen

und dadurch untergeordnet und geschwächt werden sollen. Was unangenehm für Chamberlain erklärt, daß der Bruch zwischen England und der Sowjetunion unvereinbar mit den Frieden Europas geachtet wird. Der Bruch ist der erste Schritt zum Krieg, und deshalb ist die jetzige internationale politische Lage so reich an ernstlichen Bedrohungen. Der Bruch wird zur weiteren Verschärfung der allgemeinen anerkannten Wirtschaftskrise Europas führen.

Das Plenum der Moskauer Sowjet nahm dann zum Schluß ein Resolution an, worin die Handlungen der Regierung, die auf die Erhaltung des Friedens gerichtet sind, reiflich gebilligt werden und die Bereitschaft ausgesprochen wird, alle Maßnahmen zum Schutz der Sowjetunion zu unterstützen. Die Resolution wird zu einer Organisierung eines mächtigen finanziellen Schutzes durch die Sicherstellung einer erfolgreichen Realisierung der Staatsanleihen auszuführen. Die Entschloßung enthält auch einen von einem Delegierten eingebrachten Antrag, daß die Sowjetregierung teilsweise Anträge auf Regelung der materiellen Ansprüche britischer Staatsangehöriger zur Prüfung entgegenzunehmen, bis die vollständigen diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien wiederhergestellt sind und die britische Regierung hinsichtlich der Entschloßung für die der Sowjetunion ausgesetzten Beschuldigungen und materiellen Schäden gegeben haben wird.

## Lohnarbeit im Braunkohlenbergbau gefündigt

Bergarbeiter, stellt ihre Forderungen!

Der Bergarbeiterverband hat am 30. Juni das Lohnabkommen gefündigt. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten, angesichts der wachsenden Unruhe in mittel-europäischen Braunkohlenbergbau, angesichts der erdrückenden Löhne für das eine selbstverdienende Mitglied des Verbandes. Die Lohnkämpfer schweigen indes darüber, was sie zu fordern gedenken; sie geben keine Parole, unter der die Bergarbeiter des gesamten Tarifgebietes einheitlich sich zum Kampfe rufen soll.

Wenn die Bergarbeiter nicht mehr ruht als bisher, so werden die Angehörigen des Verbandes in ihren Kämpfen mit den Kohlenbaronen ganz gewiß nicht auch nur annähernd herausgeholt, was den notwendigen Bedürfnissen einer menschlichen Existenz entspricht.

4,60 M. bei 3,37 M. ist heute der Tariflohn der erwachsenen Bergarbeiter. Durch die Abschöpfung der Einkommen aus wohl 6 M. und etwas darüber heraus, davon aber geben wieder die ungeschützten Knappschaftsbeiträge ab! Die jugendlichen Bergarbeiter, die immer mehr eingestellt werden, haben noch weniger, ganz zu schweigen von den Beschäftigten, die man mit wöchentlichen Verdienungsbeiträgen (nach dem herrschenden System der „Dinara“) zu Lohnbedürfnissen macht und zugleich zu modernen Leuten zu erziehen gedenkt, um sie eines Tages mit Hurra für die Profitinteressen ihrer Ausbeuter in einen Krieg gegen Sowjet-Rußland ziehen zu sehen!

Nicht einmal der Tariflohn wird auf so mancher Grube eingezogen. Die Ueberflundensatzung des Preissteigerungsabkommens vom April werden nicht gezahlt. Nur die für Epidemien und zur Bewußten Zersplitterung der Belegschaften herausgeschickten Prämienbesitzer haben es teilweise etwas besser — zum Schaden der Gesamtbewegung. Sie bleiben einzelne, weil sonst ja der Zweck der Unternehmer, die Zersplitterung der Kampfes, illusorisch würde.

Am schlimmsten sieht es natürlich dort aus, wo die Betriebsräte fehlen, und wo Stahlschmelz- und Bergwerksgesellschaften noch immer die Oberhand haben. Das Preissteigerungsabkommen drückt die Bergarbeiter in ähnlicher Weise wie die Landarbeiterschaft.

## Berliner Betriebe lenden Fahnen-delegationen

(Eig. Drahtim.) Berlin, 3. Juni.

In den Berliner Großbetrieben setzt die Bewegung für geschlossene Beteiligung am roten Flugtag, der großen nächsten Kampfdemonstration gegen den imperialistischen Krieg ein. Zahlreiche Belegschaften haben gestern beschlossen, Fahnen-delegationen zu entsenden. Besonders wichtig ist, daß von der etwa 900 Mann starken Belegschaft der I. G. Farbenindustrie, West Treptow 892 Unterschriften für eine Resolution am roten Frontkämpfer-Flugtag abgegeben wurden, unter denen sich auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei befinden. Eine Betriebsversammlung des Gaswerks Charlottenburg nahm einstimmig eine Resolution an und beschloß, eine Fahnen-delegation zum Flugtag am Schillerpark zu entsenden. Die Belegschaft des Gaswerks Berlin-Wilmersberg schickte eine Fahnen-delegation in Stärke von 20 Mann zum Reichstreffen. Eine Betriebsversammlung des Betriebes Klenig & Thomas, Wedding, nahm in einer Versammlung eine Resolution an, in der das Reichstreffen als die große Mobilisation gegen den imperialistischen Krieg begrüßt wird.

## Schmächtliches Kompromiß im Textilarbeiterkampf

(Eig. Drahtim.) Hamburg, 2. Juni.

In der Delegiertenkonferenz der Betriebe des Norddeutschen Textilens, welche am 30. Mai in Hamburg stattgefunden hat, ist ein Kompromiß zur Annahme gekommen. Der D.T.B. hat für die vom N.W.R. konzipierten abgelehnten Schiedssprüche die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Die Verhandlungen darüber sind am 3. Juni ins Reichsarbeitsministerium verlegt. Demnach ist es also der reformistischen Verbandsbürokratie gelungen, entgegen des öffentlichen Kampfwillens der Textilarbeiter eine große und grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Tarifgehilfen mit einem schmächtlichen Kompromiß zu beenden.

Nach der wenigen Tagen erklären die Funktionärinnen des D.T.B. in einem in einer einhimmigen angenommenen Resolution, daß die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie untragbar sind, und beantragten den D.T.B., besonders das Arbeitsabkommen, das am 31. Juli abläuft, zu kündigen.

Die Bergbauindustriellen aber ziehen Profite über Profite aus diesem Elendsleben der Braunkohlenarbeiter. Dabei herrscht Konjunktur im Braunkohlenbergbau! Die Entmündigung der Chemiedustrie, die Belegung in vielen anderen Industrietrieben wirkt zurück auf den Bergbau. Den Unternehmern liegt sehr daran, sich eine Stütze in der Produktion zu erhalten. Diese Situation gilt es, demütig auszunutzen. Genau so, wie die Bourgeoisie sich schamlos mißbraut ihrer Bürgerlid-Regierung sozialpolitischen Einrichtungen (Erwerbslosenfürsorge) abbaue, Sozialfürsorge-Gesetze schaffe und die Arbeiterzeitung bis aufs Blut ausraubt, um ihre Gewinne zu vergrößern, genau so muß in ihrem Klasseninteresse die Arbeiterzeitung bis aufs Letzte und mit allen Mitteln ihre Verschlingung und Ausbeuterer abwehren.

Es ist dringend notwendig, daß es an den einzelnen Gruppen und von den Zellen des Bergarbeiterverbandes aus diese Zusammenhänge klar aufgezeigt und bestimmte Forderungen erhoben werden. Bei der Feder so schnell verpufften letzten Bewegung im Reichstreffen haben einzelne Belegschaften die Forderungen erhoben: 1 M. pro Mann und Schicht. Das ist ein Schritt der im Bergbau besonders niedrigen Löhne und angesichts der hohen Dividenden der Bergbauindustriellen eine sehr heilsame Forderung. Aber nicht weniger diese Forderung wieder auf und erzwungen durch Cure Geschlossenheit und Aktivität endlich einmal die Durchsetzung der gestellten Forderung! Denn daran, daß die Arbeitszeit nicht so gerzelt bleibt kann wie bisher und daß Ihr, wenn Ihr um den Achtstunden Tag kämpft, doch auch nicht noch um einen Teil des Lohnes geprellt werden wollt!

Unorganisierte! Erkennt, daß Ihr die Bildung einer einheitlichen, organisierten Kampffront erachtet und daß Ihr nur immer den sozialdemokratischen Bürokratisierungspapst in der Gewerkschaftsbewegung Argumente der Kapitalisten für die Niederschlagung des notwendigen Kampfes mit den Kapitalisten. Schließt Euch dem Bergarbeiterverband an, schließt die Kampffront unter der Parole:

Mindestens 1 M. Lohnenerhöhung pro Mann und Schicht!

Desgleichen brachte die Chemnitzer Textilarbeiterzeitung in einer von etwa 5000 Textilarbeiterinnen und -arbeitern besetzten Kundgebung am 31. Mai ihren unbegrenzten Willen zur Geltung. Die Kundgebung wurde zum Anbruch. Die Kundgebung geht mit aller Klarheit, daß während der Tarifarbeiter unter dem Druck der unmenhlichen Arbeitsbedingungen nach schließlicher Beseitigung geradezu schreien, auf der anderen Seite die Verbandsbürokratie, die ja die Konsequenzen ihrer arbeiterschaftlichen Tarifpolitik nicht am eigenen Leibe verspürt, einen Schandfrieden nach dem anderen, zum größten Teil noch unter Ausschaltung der breiten Mitgliedschaft, akzeptiert.

## Der Streik der Köpfliner Steinarbeiter

Ist mit Erfolg beendet. Die Arbeit wurde gestern in allen Betrieben geschlossen wieder aufgenommen. Nur in dem „Mutterbetrieb“ Buchhards sind noch Differenzen mit den Hilfsarbeitern, das trotz des Verbotes von Maßregelungen, hier acht Hilfsarbeiter (Hilfsbauarbeiter) gemeldet wurden.

## Das 15. Wernigeroder Marschier

Wie der „Demokratische Beobachter“ meldet, wird die Sitzung der Reichspartei am 17. Juni über die Parteipolitikberatung entscheiden. Da das Reichsabinett sich mit dem Kommunisten förmlich erklärt hat, ist keine Aussicht vorhanden, die neue Erneuerung des Reichspartei abzulehnen. Gefährlich wäre dazu der Reichstag berechtigt. Wer ist aber noch so bumm, von dem Bürgerkriegsrechtstag irgendeine Maßnahme im Interesse der Werktätigen zu erwarten?

## Was wird mit Wirth?

Eine Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums, die sich mit dem Fall Wirth beschäftigen wird, wird nach dem „B.Z.“ Freitag nachmittag in der Reichspartei stattfinden. Den Vorsitz führt Reichsminister Marx als Leiter der Reichspartei. Auf seinen Wunsch findet auch, um die „Vertraulichkeit“ der Verhandlungen wahren zu können, die Tagung in den Räumen der Reichsanstalt statt. Es wird in unternommenen Kreisen damit gerechnet, daß Freitag nachmittag in der Reichspartei in einem offiziellen Kommuniqué das Ergebnis der Beratungen des Parteivorstandes und seine Stellung zum Fall Wirth bekanntgegeben wird.

# Die jüngsten Kämpfe in China

(Militärische Beobachtungen)  
Von A. Platonow

Die Beherrschung der Provinz Honan ist die auf der Tagesordnung stehende Aufgabe der Wuhan-Regierung. Diese Operation hat eine gewaltige politische und strategische Bedeutung. Honan mit seiner 30 Millionen zählenden Bevölkerung, die den strategischen Schlüssel gegen die Wuhan-Truppen bereitstellt hat, wird von der Beherrschung der revolutionären Bewegung verfahren und neue unerlässliche Kader für die Fortsetzung des Kampfes gegen die Militäristen liefern.

Die Befreiung von Honan ist auch deshalb wichtig, weil die Truppen der Wuhan-Regierung eine unmittelbare Verbindung mit der Provinz Schanghai herstellen werden, die der vorläufig neuerrichtete General Janshan regiert. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß eine Niederlage Tschangschai in Honan auf Janshan Einfluß ausüben und ihm die Möglichkeit des Überzuges nach Tschangschai erleichtern wird. Die von Rom Standpunkte her weiteren Operationen in der Richtung auf Peking werden die in Schanghai befindliche Armee von 80.000 Mann und die geographische Lage dieser Provinz wesentliche Faktoren bei der Entscheidung von Erfolg der Nordexpedition sein.

Schließlich muß noch bemerkt werden, daß die Provinz Honan als natürliche Aufmarschgebiet für die Vorbereitung des Angriffes der revolutionären Armeen auf Peking und die Sicherung dieser Provinz gegen Tschangschai ist, der in jedem Augenblick seine Politik militärischer Neutralität gegenüber der Wuhan-Regierung ändern kann.

Der gemeinsame Angriff, der von der Volksarmee und von der Nationalarmee Anfang Mai begonnen wurde, hat in einem beträchtlichen Ausmaße die Lösung der wichtigsten Aufgaben des Befehlshabers erleichtert, die Befreiung von Honan und die Bekämpfung der Wuhan-Truppen, die in diese Provinz gemeinsam mit den Heeren der Kräfte Wupeijung operieren. Das Ergebnis der zahlreichen hartnäckigen Kämpfe, die sich in den beiden Hauptkämpferungen der Honan-Operationen abgepielt haben, von Tsungtschuan gegen den Norden und von Tschangschai gegen Tschangschai, ist, daß die Truppen Tschangschai eine Reihe erweiterter Niederlagen erlitten haben. Gegenwärtig führt Jengschuan einen Angriff im Westen von Tschangschai, wobei er sich bereits in Tschangschai befindet. Zugleich hat die Armee Tschangschai, nachdem sie den Gegner bei den Kämpfen nächst Schangschai-Schia erschlagen hatte, Tschangschai erreicht und nachdem sie die Überreste über den Fluß Tschai in Besitz genommen haben, die Tschangschai-Truppen gezwungen, in Unordnung auf die Linie Südschuan-Tschangschai zurückzuziehen.

Das Wesen der sich entfaltenden Operation besteht also darin, ob es Jengschuan gelingt wird, Tschangschai in den nächsten Tagen zu erobern und auf die Eisenbahnlinie zu gelangen, die die Südschuan-Gruppe des Gegners mit Peking verbindet. Wenn dieses Wagnis mit Erfolg durchgeführt werden wird, wird die honanische Armee Tschangschai in zwei Teile zerhacken. Die Tschangschai-Truppen werden sich in die Richtung nach Norden zurückziehen, genötigt sein, nach dem Norden zurückzuziehen, die Südschuan-Gruppe aber wird in nordöstlicher Richtung zurückgedrängt werden, auf das Gebiet von Kaijüng-Kaufschang an der Lungai-Eisenbahn.

Die Befreiung von Tschangschai durch Jengschuan wird eine entscheidende Rolle auf dem Kriegsschauplatz spielen, indem sie die revolutionären Kommando die Möglichkeit eröffnet, die gesamten Kräfte des Gegners einzuschließen zu schlagen und sich eine Ausgangsstellung im Bereich Honan für die Vorbereitung des Angriffes in der Richtung auf Peking zu sichern.

Zugleich mit den Erfolgen der Wuhan-Regierung in Honan, ist die Bekämpfung der Tätigkeit Tschangschais gegen die Schangschai-Truppen Tschangschais in der Provinz Kiangsi und im südlichen Teile der Provinz Kwangwei fortgeschritten. Tschangschai ist es im Bereiche der letzten Wochen gelungen, Bengau zu besetzen, ein Gegner zurückzuwerfen und Stellungen fünfzig Kilometer südlich von Tschangschai zu besetzen. Der Kampf auf dieser Front erstreckt sich auch auf das Gebiet von Tschangschai, wo Streitkräfte Tschangschais zum Rückzuge gezwungen wurden. Tschangschai hat sich offenbar zum nächsten Ziele gestellt, die Provinz Kiangsi nördlich vom Yangtse in Besitz zu nehmen. Darum sind die Angriffe der Honan-Truppen, der die Streitkräfte Tschangschais zusammenzuziehen und ihre Ausdehnung zur Bekämpfung der Wuhan-Truppen in Honan erschwert, im Bereiche eines gewissen Zeitraumes keinen Anlaß zu einem Zusammenstoß

zwischen Tschangschai und den revolutionären Armeen im Zusammenhang mit der Lösung ihrer nächsten strategischen Aufgaben geben.

Wichtiges muß darauf hingewiesen werden, daß die Operationen in Honan in einem gewissen Ausmaße mit der Liquidierung des Generals Janshan im Zusammenhang stehen, der militärische Operationen im Tale des Jütschou begonnen hat. Vor Tschangschai und Schangschai, halten die Tschangschai-Truppen Janshans die Linie Tschangschai-Tschangschai erreicht. Im Gebiete von Tschangschai hat der Gegner mit den ihm entgegengebrachten Streitkräften der revolutionären Armeen zusammen, erlitten eine Niederlage und wurde nach dem Westen zurückgedrängt.

Im Nachhinein des gemeinsamen Kriegsschauplatzes können die Operationen im Tale des Jütschou nun eine zweifelhafte Rolle spielen. Die endgültige Zerrückung der Wuhan-Truppen auf der Hauptfront des Kampfes und die sichere Beherrschung der Provinz Honan werden automatisch alle politischen Komplikationen und die kleinen militärischen Erschwerungen im Rücken lösen, die unter den Verhältnissen des Bürgerkrieges ganz unermesslich sind.

## Revolutionäre Bauernbewegung (Telegraphenagentur der Wuhan-Regierung)

Hanau, 31. Mai.

In den meisten Dörfern von Mittel- und Ostchina, in einem Teil der Provinz Kiangsi und in Ost-Kwangtung liegt die Macht gegenwärtig in den Händen der Bauernverbände. In Hunan und Teilen Szechuan nimmt die Bauernbewegung spezifische Formen an. Die Bauern streifen hier in den letzten Wochen in verstärktem Ausmaße zu Konfiszierungen der Ländereien der Gutsbesitzer und Zerstörung der Gutsbesitzer. Teilweise wurde auch, namentlich mit den kleineren Gutsbesitzern, eine Verständigung über Herabminderung des Pachtzinses und Ueberweisung eines Teils des Grund und Bodens an die Bauern erzielt. Viele Gutsbesitzer und Gutsbesitzer sind auf der Flucht.

Tschangschai-Terror. Ein großes Polizeiaufgebot nahm eine Durchführung der Redaktions- und Deudereäume der drei Kuomintang-Veranstaltungen in Kanton vor. Der Chefredakteur der „Wintuipao“ und zehn Seher wurden verhaftet.

## Hodges nicht mehr Sekretär der Bergarbeiter-Internationale

Ende Mai tagte in Paris das Exekutiv-Komitee der Bergarbeiter-Internationale, über die die SPD-Brettel nichts weiter zu melden weiß, als daß eine Entschließung gegen das englische Antigenengesetz angenommen wurde. Ueber die englische Kriegskriegsaktion sein Wort! Ebenso nur in einer gelebten kleinen Kiste eine kurze WTB-Meldung (!), daß Frank Hodges, der von Süemann in politische Gegner Coats, „aus persönlichen Gründen“ als Generalsekretär zurücktreten und der Belgier Delaite mit der provisorischen Vertretung beauftragt sei.

Im Bericht steht die Front der englischen Bergarbeiter gegen Hodges seit dem letzten Kampf so hart, daß er keinen Ausweg mehr als die Flucht aus seiner Sekretär-Stellung. — So muß es jedem Vertreter in der Arbeiterklasse ergeben.

## Eine Wendung im Prozeß Sacco-Banzetti Unter dem Druck der Arbeiterkraft

(WTB) Boston, 2. Juni.

Der Gouverneur des Staates Massachusetts, Fuller, hat den Präsidenten der Harvard-Universität, Lowell, den Präsidenten des philosophischen Instituts in Massachusetts, Stratton, und andere Persönlichkeiten zu Mitgliedern eines Ausschusses ernannt, der sich mit einer neuen Prüfung des Falles der zum Tode verurteilten italienischen Anarchisten Sacco und Banzetti befassen soll.

## Das ägyptische Volk gegen das Ultimatum

(WTB) Kairo, 2. Juni.

(Weiter.) Das ägyptische Kabinett scheint zu sagen, einige der in der britischen Note aufgestellten Forderungen anzunehmen. Dies sei nicht darauf zurückzuführen, daß die ägyptische Regierung nicht geneigt wäre, im Sinne Großbritanniens der Lage gerecht zu werden, sondern darauf, daß es annehmbar ist, die Form zu akzeptieren, in der das englische Ansehen bei der ägyptischen Regierung gerettet werden soll. Das Kabinett ist infolgedessen ebenfalls erneut zusammengesetzt. Es wird versuchen, eine Formel zu finden, die für beide Teile annehmbar ist.

Die ägyptische Regierung wurde von England mit Gewalt eingeleitet. Ihre Stellungnahme ist daher von keiner Bedeutung.



Orientierungsplan  
In der Mitte sieht man die Provinz Honan (Hunan) und Tschangschai, die jetzt von den Honaner Truppen und vom General Jeng erobert wurden. Der Plan berücksichtigt die jüngsten Ereignisse noch nicht!

## Die Abenteuer des braven Soldaten Schweif während des Weltkrieges

Sarotao Jaset  
(Aus dem Tschingischen übertragen von Grete Reiner)

Der brave Soldat Schweif auf der Polizeidirektion  
Das Ultimatum in Sarotao füllte die Polizeidirektion mit zählenden Opfern. Man drängte eines nach dem andern hin und der die Inspektion in der Aufnahmestunde lagte mit seiner gutmütigen Stimme.

„Dieser Ferdinand wird sich Euch nicht ausziehen!“  
Als man Schweif in eine der vielen Zellen des ersten Stockwerks warf, fand er dort eine Gesellschaft von sechs Menschen vor. Ein lauter rings um den Tisch und in der Ecke auf dem Kanapee lag, als wollte er sich von ihnen absondern, ein Mann in mittleren Jahren.

Schweif begann einen nach dem andern anzusprechen, warum man ihn eingesperrt habe.  
„Von den fünfzehn, die am Tisch saßen, erlittet er nahezu die gleiche Antwort.“

„Wegen Sarotao!“ — „Wegen Ferdinand!“ — „Wegen diesem Lord am Herrn Erzherrzog.“ — „Wegen Ferdinand!“ — „Dafür, daß man den Herrn Erzherrzog in Sarotao umgebracht hat!“  
Der letzte, der sich von diesen fünf absonderte, sagte, daß er mit ihm nichts zu tun haben wollte, damit auf ihn kein Verdacht käme, denn er habe hier nur wegen verurteilten Raubmordes an einem Mann aus Hof.

Schweif setzte sich zum Tisch in die Gesellschaft der Verurteilten. Sie einander bereits zum zehntennmal erzählt, wie sie in diese Zelle hineingeraten waren.  
„Wie bist du einen, hat es entweder im Wirtshaus, in der Straße oder im Kaffeehaus erlitt. Eine Ausnahme bildete ein neuerdings dieser Herr mit einer Brille und verweinten Augen, der zu Hause in seiner Wohnung verhaftet worden war, weil er die Lage vor dem Ultimatum in Sarotao bei „Beziehungen“ für zwei tschische Studenten, die er in Hof besucht hatte, und vom tschischen Reich in ihrer Gesellschaft betrunken im „Montmartre“ der Kettengasse gesehen worden war, wo er, wie er im Protokoll steht durch seine Unteroffizier bestätigt hatte, ebenfalls für sie verhaftet wurde.“

„Auf alle Fragen bei der Voruntersuchung auf der Polizeidirektion antwortete er herablassend.“  
„Ich habe ein Papiergeschäft.“

Worauf ihm ebenfalls die herablassende Antwort antwortete wurde:  
„Das ist kein Beweis Ihrer Anschuldung.“

Der kleine Herr, den es in einer Weinluste erlitt hatte, war Geschichtsprofessor und hatte dem Weinlustbesitzer die Geschichte des verstorbenen Attentats erzählt. Er wurde gerade in dem Augenblicke verhaftet, als er die physiologische Analyse aller Attentate mit den Worten beendete:

„Der Gedanke des Attentats ist so einfach, wie das Ei des Kolumbus.“

„Ebenso sicher, wie Sie Bankrott erwartete“, wurde sein Ausspruch während des Verhörs von dem Polizeikommissär erwidert.

Der dritte Verurteilte war der Vorsitzende des Wohltätigkeitsvereines „Dobromil“ in Hofstadt. An dem Tage, an dem das Ultimatum verhängt worden war, veranfaßte der „Dobromil“ ein Gartenfest mit anschließendem Konzert. Der Gendarmeriewachmann kam, um die Teilnehmer aufzufordern, auseinanderzugehen, denn Osterreich habe Trauer, worauf der Vorsitzende des „Dobromil“ gutmütig gelacht hatte:

„Warren Sie ein Weibchen, bis man das „Bei, Slowane!“ zu Ende gespielt haben wird.“

„Recht ist es, da mit geschlossen Kopf und launischer: Ich hab ich ein Leben mit neuem Vorstandsmitglied, wenn ich bis zu der Zeit nicht zu Hause bin, kann es geschehen, daß man mich nicht wählt. Und ich bin schon zum zehntennmal Vorstandsmitglied. Ich überlebe diese Schwand nicht.“

„Selbst hatte der kleine Ferdinand von diesen Verurteilten mitgebracht, einem Mann von lauterem Charakter und mäßigem Schicksal. Er war volle zwei Tage jenseitig Gespräch über Ferdinand ausgefallen, bis er am Abend im Kaffeehaus beim Marriage ausstieg, während er den Tisch mit der Schellen trümpelte:

„Sieben Augen, wie in Sarotao.“

Der fünfte Mann, der, wie er selbst sagte, „wegen diesem Wort am Herrn Erzherrzog in Sarotao“ lag, hatte noch heute Haar und Bart vor Schreck gestäubt, so daß sein Kopf an einen Stallpferdigen gemahnte.

Dieser Mann hatte in dem Restaurant, wo er verhaftet worden war, überhaupt kein Wort gesprochen, so nicht einmal die Zeitungsberichte über die Ermordung Ferdinands gelesen und war ganz allein an einem Tisch geblieben, als irgendein Herr zu ihm kam, sich ihm gegenüberzusetzen und rief zu ihm sagte:  
„Haben Sie das gelesen?“  
„Nein.“  
„Wissen Sie davon?“  
„Nein.“  
„Und wissen Sie, warum es sich handelt?“  
„Nein, ich kenne mich nicht damit.“

\*) Bekanntes tschisches Nationallied.

„Aber es sollte Sie doch interessieren.“  
„Ich weiß nicht, was mich interessieren soll? Ich rauch meine Zigarette, trink meine paar Glas Bier, ich mein Abendrot und les meine Zeitung. Die Zeitungen lügen. Wozu soll ich mich aufregen?“

„Sie interessiert also nicht einmal der Mord in Sarotao?“  
„Nicht interessiert überhaupt kein Mord, als zum in Kung, Wien, in Sarotao aber in London ist. Dann sind die Gerichte und die Polizei da. Wenn man manchmal jemanden irgendwo erschlägt, recht geschieht ihm, warum ist der Zettel für unvorsichtig und läßt sich erschlagen.“

„Das waren seine letzten Worte in dieser Unterredung. Seit dieser Zeit wiederholte er nur laut in Intervallen von fünf Minuten.“

„Ich bin unschuldig, ich bin unschuldig.“  
Diese Worte hat er auch im Tor der Polizeidirektion geschrien, diese Worte wird er auch während der Ueberführung zum Strafgericht in Prag wiederholen und mit diesen Worten wird er auch seine Kerzelle betreten.

Als Schweif alle diese tschischen Verhörsverhandlungen angehört hatte, hielt er es für angezeit, den Verurteilten die vollständige Hoffnungslosigkeit ihrer Situation zu erklären.

„Ja, mit uns allen heißt sehr schlecht“, begann er seine Trostesworte, „das ist nicht wahr, was Ihr sagt, daß Euch, uns allen, nichts geschieht kann. Wozu haben wir eine Polizei, als davon, daß sie uns für unsere Isten Mäuler strafe. Wenn eine so gefährliche Zeit kommt, daß man auf Erzherrzoge schießt, so darf sich niemand wundern, daß man ihn auf die Dichtung bringt. Das macht man alles wegen dem Glang, damit der Ferdinand Welt nicht geschah kann. Und nicht nur beim Militär, sondern auch von den Gerichten. Einmal ist, ich erinnere mich noch an eine Frau verurteilt worden, weil sie ihre neugeborenen Zwillinge erwidert hat. Dagegen sie ließ und fest geschoren hat, daß sie die Zwillinge nicht hat erwidern können, weil sie nur ein Wäberl zur Welt gebracht hat und nicht nur beim Militär, sondern auch von den Gerichten.“

Einmal ist, ich erinnere mich noch an eine Frau verurteilt worden, weil sie ihre neugeborenen Zwillinge erwidert hat. Dagegen sie ließ und fest geschoren hat, daß sie die Zwillinge nicht hat erwidern können, weil sie nur ein Wäberl zur Welt gebracht hat und nicht nur beim Militär, sondern auch von den Gerichten.“

„Nicht, das ist nicht wahr, was Ihr sagt, daß Euch, uns allen, nichts geschieht kann. Wozu haben wir eine Polizei, als davon, daß sie uns für unsere Isten Mäuler strafe. Wenn eine so gefährliche Zeit kommt, daß man auf Erzherrzoge schießt, so darf sich niemand wundern, daß man ihn auf die Dichtung bringt. Das macht man alles wegen dem Glang, damit der Ferdinand Welt nicht geschah kann. Und nicht nur beim Militär, sondern auch von den Gerichten.“

„Nicht, das ist nicht wahr, was Ihr sagt, daß Euch, uns allen, nichts geschieht kann. Wozu haben wir eine Polizei, als davon, daß sie uns für unsere Isten Mäuler strafe. Wenn eine so gefährliche Zeit kommt, daß man auf Erzherrzoge schießt, so darf sich niemand wundern, daß man ihn auf die Dichtung bringt. Das macht man alles wegen dem Glang, damit der Ferdinand Welt nicht geschah kann. Und nicht nur beim Militär, sondern auch von den Gerichten.“

(Fortsetzung folgt.)













# Merseburg-Leuna-Querfurt

## Aufforderung des Regierungspräsidenten zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Beisitzer der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte

Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 tritt am 1. Juli 1927 in Kraft. Gemäß §§ 20, 37 des Gesetzes, werden die Beisitzer für die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte von der höheren Verwaltungsbehörde, das ist in Preußen der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident, im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landgerichts, bei dem das Arbeitsgericht übergeordnetes Landesarbeitsgericht errichtet ist, auf die Dauer von drei Jahren berufen. Die Beisitzer sind im angemessenen Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die von den im Gerichtsbezirk bestehenden Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Kreis, Länder, Gemeinden, Gemeindefreiwirtschaften und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts) eingereicht werden. Die Voraussetzungen für das Beisizertum sind in den §§ 21 bis 28, 37 des Gesetzes enthalten. Die vorschlagsberechtigten wirtschaftlichen Vereinigungen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften der nachfolgenden Gerichtsbezirke, deren formelle Errichtung noch aussteht, werden aufgefordert,

bis zum 6. Juni 1927

Vorschlagslisten beim Regierungspräsidenten einzureichen. Jede Vorschlagsliste muß mindestens die für jede der nachfolgenden Kategorien genannte Zahl von Beisitzern enthalten.

Es werden benötigt für die Arbeitsgerichte in:

**Halle:** für die Arbeiterkammer je 28 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestellten je 12 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 10 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

**Eisleben:** für die Arbeiterkammer je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestellten je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

**Merseburg:** für die Arbeiterkammer je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestellten je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

**Wittenberg:** für die Arbeiterkammer je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestellten je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

**Torgau:** für die Arbeiterkammer je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestellten je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

**Stemmerda:** für die Arbeiterkammer je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

**Herzberg:** für die Arbeiterkammer je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestellten je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

**Ramburg:** für die Arbeiterkammer je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestellten je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

**Weißenfels:** für die Arbeiterkammer je 12 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestellten je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

**Zeitz:** für die Arbeiterkammer je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestellten je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

Für das Landesarbeitsgericht in Halle je 10 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

Für sämtliche Kammer sind auf Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite getrennte Listen einzureichen.

Für die Vorschlagslisten empfiehlt sich folgende Form:

### Vorschlagsliste

für die Arbeitgeberkammer auf der Arbeitnehmerkammer und der Angestelltenkammer bzw. des Handwerksgerichts bei dem Arbeitsgericht in . . . . .

Nr.	Vorname	Name	Geburtsjahr	Beruf (bei Berufsbeisitz einzutragen)	Adresse (bei Berufsbeisitz einzutragen)

Für jedes Arbeitsgericht bzw. für das Landesarbeitsgericht ist eine besondere Vorschlagsliste einzureichen, die die genaue Beziehung und die einreichenden Verbände angeben und von bevollmächtigten Verbandsorganen unterschieden sein muß.

### Neue Krähwinteleien in Merseburg

Als neulich die Partei um Genehmigung zur Verteilung von Handzetteln für eine Verammlung bei der Volksempfängerverwaltung nach Halle, erhielt sie nach der durch alle Beteiligten im Bezirk bekannten Behörde folgende Antwort ausgehelt:

Wir verlegen für die Zukunft allgemein die Erteilung der Genehmigung zur Verteilung von Heftchen und Handzetteln sowie Flugblättern in den Straßen der Stadt. Die Erziehung hat gefordert, daß bezügliche Schriftstücke sofort nach Durchlesen vom Publikum auf die Straßen geworfen werden. Daraus wird aber das Straßenbild erheblich verschandelt. Nach der Polizeiverordnung vom 22. März 1898/18. Dezember 1909 dürfen öffentliche Anzeigen auf öffentlichen Straßen und Plätzen nur an den zu diesen Zwecken bestimmten Anschlagtafeln und Anschlagtafeln angebracht werden. **Schloß.**

Nun konnten wir schon einige Tage darauf feststellen, daß teils dieser „Erlaß“ nicht allgemein gilt, denn „Polisblatt“ heute verteilen am Bahnhof „Kommunisten“, wobei ebenfalls mit Genehmigung der Polizei. Der „Stump“ der dabei hand, magste weigern ein sehr dünnerfaches Gesicht. Zweitens sind die Straßen durch kommunalistische Flugblätter, die natürlich ohne Genehmigung der Polizei verteilt werden, nicht „verzehrt“ worden. Solche raren Sachen, wie sie unsere Partei herausbringt, sind nach jeder ein, um sie heimlich und unbedacht zu Hause zu lesen. Es können sich höchstens Druckerzeugnisse von den „Mischmasch-Parteien“, die es ja auch in Merseburg zu Genüge gibt, in der Gasse herumtreiben!

Wie kommt aber Herr Herzog dazu, überhaupt mit einer wilmündigen Volksgemeinschaft die verfassungsmäßigen Rechte der Einwohnerschaft (freie politische Betätigung durch Wort und

### Die Krähwinteleien in Merseburg



Kräh! — Kräh! —

Ich bin die schwarze Krähwinteleie und ich lehr hohes Vieh, was mir kommt in die Nase fällt „gergehnt“ in die Arie.

Kräh! — Kräh! —

Nur rote Elemente verlegen mir Kopf, wenn ich es tun könnte, sie wären längst verreckt.

Kräh! — Kräh! —

Mit meinem krummen Schnabel hab ich denn auf sie ein, damit sie, wie Hamamel, nicht mehr Krähwinteleien sein.

Kräh! — Kräh! —

## Aus dem Saalkreis

### Teufel verklagt den Beelzebub

In der letzten Zeit ist in der kommunalistischen Presse hier davon die Rede gewesen, daß die Regierungsstellen den Ausbau der Binnenschifffahrt besonders in Mitteldeutschland zu hindern suchen, daß nicht genügend Mittel zur Durchführung der notwendigen Arbeiten bereitgestellt werden. Unsere Genossen in den Parlamenten und auch überall sonst sind mit ihren Forderungen in dieser Hinsicht — trotz mangelhafter planmäßiger Verteilung der gewisser hürgeleitigen Stellen — immer allein geblieben. Aber der kapitalistische Konkurrenzkampf bringt es mit sich, daß auch andere Teile der Schah in dieser Frage drückt. Es gibt da den **Calenatalbauverein**, dessen Geschäftsführung in den Händen eines Herrn Gräßler liegt. Der Verein ist aus Interessenten der Wirtschaft (Industriellen usw.) und in der Frage kommenden Gemeinden zusammengesetzt. Herr Gräßler ist der Arbeiterkammer von Halle und Umgebung schon kein Unbekannter mehr. Er bestrebt neben diesem Geschäftsbereich den Amt eines Unternehmensleiters der kapitalistischen Schwerindustrie in Halle gegen die Stadterverwaltung. Von ihm mußte Genosse Kilian bei der Generaldebatte im holländischen Stadtparlament zu berichten, daß Gräßler mit der unbedingten Forderung nach Rechtsnachfolge für die Industrie an den holländischen Wasserbau herantritt.

Im Saalkreisbauverein hat Herr Gräßler jedoch eine andere Aufgabe, nämlich die Beplanung der **Wasserstraßen** und der hinter ihr liegenden Regierungsanstalten. So merkwürdig es klingt; aber die kapitalistische Profitgier macht selbst vor der eigenen reaktionären Regierung nicht halt, wenn es bestimmten Unternehmensgruppen darauf ankommt, sich gegen andere Unternehmensgruppen auszuspielen.

So liegt uns jetzt ein Rundschreiben dieses Herrn Gräßler vor, in dem über Minister, Reichsbahn und hürgeleitige Presse bittere Klage geführt wird — also Einwirkungen, die sonst im Sinne dieser Schwerkapitalisten arbeiten, die nur in der Frage der Binnenschifffahrt nicht so wollen, wie es das mitteldeutsche Unternehmen will.

Das interessante Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

Halle, 17. Mai.  
An die Mitglieder des Saalkanalbauvereins!  
Rundschreiben Nr. 4.  
Die letzte Mitgliederversammlung beauftragte den Geschäftsführer, das Richtige aus seinem Referat über den Kampf der Reichsbahn gegen die Wasserstraßen den Mitgliedern als Material in der Gegenpropaganda zu übergeben.

Dieses Material läßt sich zu Zeitungsartikeln verarbeiten. Die Tagespresse ist aber nicht geneigt, Stellung gegen die Reichsbahn gegen die Wasserstraßen zu übernehmen. Den schätzlichen Gegenpartnern gegen die Reichsbahn-Beziehungen konnten infolgedessen das breite Publikum nicht erreichen, sondern mußten durch die Kanalbauvereine als Privatpost in Form von Einzelpersonen verhandelt werden. Zur Aufnahme von Zulässen in Zeitungen bedarf es deshalb der Hilfe persönlicher Beziehungen und mir bitten:

1. die Anlage der Schriftleitung einer Ihnen nahestehenden Zeitung anzugeben, welche Zeitung einen oder mehrere Aufträge entfallen würden.
2. Der Reichstag hat für die Vorarbeiten am Süßwassertag 700 000 Mark bewilligt; zur Bewilligung von Mitteln für Bauarbeiten ist der Reichswehrminister auf den Weg des Kostensatzes verwiesen worden. Es liegt aber zu erwarten, daß der Dames-Agent verfahren wird, die Verwendung von Geld für Zwecke des Binnenschifffahrt zu verhindern.

Schrift) zu beschneiden? Sind solche Anweisungen nicht reaktionär? Wird Merseburg, das dreieckig, von der Leuna-Fluglinie verunreinigt, Städtchen, nicht mit Gewalt zum Krähwinteleien getrieben? (Wir, Bürgermeister und Senat, erlassen folgendes Mandat!)

Beistell! Befassen sich unsere Genossen im Stadtrat einmal mit dem Herrschermeister Herzog, mit dem starken Mann, der hier so herrlich regiert!

Goddula-Bella. Der Hofmarsch nach Berlin erfolgt pünktlich am Sonnabend, abends 7.30 Uhr. Sammeln um 7 Uhr im Gasthof „Zum grünen Hof“.

### Wichtig für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten

#### Deffnung der Warteliste für das Quotajahr 1927/28

Die Warteliste für Bium-Antragsteller aus dem Leipziger Kreisbezirk (Kreisbeauftragter Leipzig, Krosing, Schölen, Groß-Züringen, Anhalt), die während des kommenden Quotajahres (1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928) nach den Vereinigten Staaten auszuwandern gedenken, wird für Neuantragsteller Montag, den 16. Mai 1927, geöffnet. Es werden keinesfalls Anträge vor diesem Termin entgegengenommen. Diejenigen, die bereits im Besitz von Registrierungsnummern sind, werden automatisch auf die neue Warteliste gesetzt und brauchen bei dem amerikanischen Konsulat in Leipzig keinen Antrag wieder zu stellen. Falls sich jemand zweimal eintragen läßt, wird nur der letzte Antrag berücksichtigt. Ferner werden nur solche Anmeldungen anerkannt, die auf den vorgezeichneten Formularen eingereicht werden. Diese Formulare sind bei den Schiffahrtsagenten oder gegen Einreichung eines adreßierten Freiumschlages bei dem Amerikanischen Konsulat, Leipzig, Otto-Schillstraße 1, erhältlich. Diese Formulare müßen — genaueaus ausgefüllt und deutlich geschrieben — am oder nach dem 16. Mai d. Js. an das Konsulat der Vereinigten Staaten in Nordamerika, Leipzig, eingeleitet werden. Es wird ausdrücklich betont, daß nur solche Registrierungsanträge Berücksichtigung finden, die durch die Post im Briefumschlag mit dem üblichen Poststempel versehen, hier eingehen. Der Empfang wird innerhalb 30 Tagen bestätigt. Gleichzeitig wird dem Antragsteller seine Registrierungsnummer und der Termin mitgeteilt, wann er ungefähr mit der endgültigen Erledigung seines Bium-Antrages rechnen kann. Der Empfang einer Registrierungsnummer gewährleistet die Eintragung des Antragstellers in die Warteliste. Wer also keine Registrierungsnummer hat, ist infolgedessen noch nicht in die Warteliste eingetragen.

Nachdem der Name eines Antragstellers in die Warteliste eingetragen ist, muß derselbe warten (in den meisten Fällen mehrere Monate), bis er an der Reihe ist; denn die Registrierungsanträge werden genau in der Reihenfolge der Warteliste bearbeitet. Erst wenn der Antragsteller an der Reihe ist, werden seine Papiere durch das Konsulat angefordert, und es dürfen keinesfalls Papiere unangefordert an das Amerikanische Konsulat, Leipzig, gelangt werden. Sie würden doch nur ungeprüft auf Kosten und Gefahr des Antragstellers zurückgehen.

Vorliegende Auskunft bezieht sich nur auf Antragsteller, die zur deutschen Quota gehören, d. h. Personen, die innerhalb der jetzigen Grenze Deutschlands geboren sind.

### Alembauern!

Auch Ihr leidet unter den Wirtschaftskrisen! — Entsende Delegationen zum 3. Roten Reichstreffen! in Berlin!

Schiffahrt zu verhindern. Beschäftigt ist folgender Vorkall, der in Sieddeutschland ungeheures Aufsehen erregt hat: Die im Reichsbahndienstplan für den Ausbau der Stauffen Hebelberg vorgesehenen 400 000 Mark wurden im März vom Reichstag vorbehaltlos bewilligt. Das Reichswehrministerium hatte angenommen, daß nach der 3. Lesung mit dem Bau unerschlaglich begonnen werden sollte. Das Reichswehrministerium mußte aber am 9. April telegraphisch die Einstellung der Arbeiten aufhalten, weil zwei Reichsminister erhebliche Schwierigkeiten machten, einen Betrag von der Reichswehrministermission in Stuttgart persönlich den abermaligen Beginn der Bauarbeiten anordnen.

Die Binnenschifffahrt leistete 1925, dem letzten Jahre, über das eine abschließende Statistik vorliegt, 18,9 Milliarden tkm, das sind 32 Prozent des Eisenbahngüterverkehrs und hat der für sich bestehenden Wirtschaft 0,4 bis 0,5 Milliarden Reichsmark an Fracht geparkt, da nach der amtlichen Statistik die Wasserfracht pro tkm 26 Pf. niedriger ist. Mitteldeutschland trägt 400 Kilometer von der See ab und hat keinen Wasserweg zur Verfügung. Es wird immer vergeblich um Frachterbilligung getümmelt.

Wir bitten also unsere Mitglieder um rege Mitarbeit an unseren Zielen.

### Saalkanalbauverein.

Die Geschäftsführung: **gez.: Gräßler.**

Diese Anlagen gegen die bürgerliche Tagespresse, gegen die nationalen Reichswehrminister sprechen lände. Aber haben die Herren Gräßler und Hintermann ein Recht, sich zu beschweren? Sie liegen ja diese Leute in den Sattel. Sie unterfährten Wort für Wort deren politische Programme. Sie hindern die wertigste Bevölkerung auf Schritt und Tritt an jeder Opposition. Aber um die Konkurrenz zu schädigen, holen die Unternehmensvertreter Herrn Gräßler gegen ihre Argumente von der Arbeiterkammer einen Brief, das Gräßler mit der Jahresversammlung des Saalkanalbauvereins in Halle hielt, legte er:

„Die Reichsbahn kämpft seit Monaten erbittert gegen die Wasserstraßen. Der Generaldirektor der Reichsbahn, Mitglieder ihres Verwaltungsrates, wie von **Stoick**, von **Siemens**, Prof. **Blum** u. a., treten mit Vorträgen und weit verbreiteten Aufsätzen vor die breite Öffentlichkeit gegen die Schifffahrt auf, häufig mit Gründen, die recht einseitig und nicht stichhaltig sind.

Die Reichsbahn ist besonders damit unzufrieden, daß nicht nur Bahnhöfen, sondern auch Wasserstraßen mit den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gebaut werden sollen.“

Uns kommt es darauf an, festzustellen, aus welchen Gründen von den Größeren bearbeitete Argumente in Treffen geführt werden. Um die Erwerbslosen ist es ihnen wahrhaftig nicht zu tun. Ihre Zammerlinie bleiben deshalb finlos. Sie zeigen nur wieder einmal, wie der schöne schwarzegeirte Wirtschaftsfrieden der Sündenrepublik unterhöchlich ist.

Genau. Nicht schmeicheln, sondern marschieren. Sämtliche Kameraden des Arbeiterkreises, die mit nach Berlin fahren, treffen sich am Sonnabend, nachmittags ¼ 4 Uhr, in Geneta. Dort findet eine kurze Abschiedslegung statt, wozu wir die Arbeiterkammer des Amtes einladen. Wir wollen uns nicht lo Schmeichlergelehrten geben. Bei der Jahresversammlung der Sündenrepublik unterhöchlich ist.









E. Führer durch die Geschäftswelt der Provinz für Arbeiter und Angestellte im Bezirk Halle-Merseburg

L. Birkhold, Inhaber Willy Fuchs, Lößbeim. Beste und billigste Bezugsquelle für Lebensmittel. Großes Lager i. Gewürzen, Haus- u. Küchengeräten, Drohverpackten, Delen, Herden zu den billigsten Preisen. 34603

Konsumverein Lößbeim. Arbeiter, best. Gütern Bedarf nur im eigenen Geschäft! 34601

Freib. Deparade, Lößbeim. Markt 6 empfiehlt Markt 6. Fleisch- und Wurstwaren. 34604

Modernes Lichtspielhaus Altleben. Verführung nur erstklassiger Filme. Jede Woche Programmwechsel. 34605

Schuhhaus A. Pfeiffer. Beste Bezugsquelle für Schuhwaren aller Art. 34602

Tabakwaren, Schokoladen. Kaufen Sie billig bei G. Seebow, Altleben, Markt. 34604

Kind- u. Schweinefleischerei. Franz Zeiling, Koitzsch. 34606

Gemeindebäckerei Koitzsch. Inhaber: W. Hanneke. 34607

Fritz Brosse, Roitzsch. 34608

Ernst Curt Lange, Koitzsch. 34609

Willy Hennig, Koitzsch. 34610

Schuhwarenhaus. 34611

W. Raufschub, Koitzsch. 34612

Alfred Schulte, Koitzsch. 34613

W. Raufschub, Koitzsch. 34614

Alfred Schulte, Koitzsch. 34615

W. Raufschub, Koitzsch. 34616

Alfred Schulte, Koitzsch. 34617

W. Raufschub, Koitzsch. 34618

Alfred Schulte, Koitzsch. 34619

W. Raufschub, Koitzsch. 34620

Alfred Schulte, Koitzsch. 34621

W. Raufschub, Koitzsch. 34622

Alfred Schulte, Koitzsch. 34623

W. Raufschub, Koitzsch. 34624

Alfred Schulte, Koitzsch. 34625

Mollerei Riemberg. 34603

Mollerei Süd, Halle a. S. 34607

Herm. Müller, Halle a. d. S. 34609

Alfred Wenzel. 34613

Adolf Schwarzer. 34614

Otto Gübe. 34615

Ella Heidel, Bismarckstr. 6. 34616

Fritz Rixe. 34617

Kaufhaus Ernst Franke. 34618

Schuhgeschäft Karl Koch. 34619

Curt Böhmman. 34620

Gasthof Wörmlitz. 34621

August Weiße. 34622

Alfred Schulte. 34623

W. Raufschub. 34624

Alfred Schulte. 34625

W. Raufschub. 34626

Alfred Schulte. 34627

W. Raufschub. 34628

Alfred Schulte. 34629

W. Raufschub. 34630

Alfred Schulte. 34631

W. Raufschub. 34632

Alfred Schulte. 34633

W. Raufschub. 34634

Alfred Schulte. 34635

W. Raufschub. 34636

Konsum- und Spargenossenschaft für Bernburg u. Umg. 34601

Gast- und Logierhaus. 34602

Paul Müller. 34603

Karl Hartmann. 34604

Engel-Drogerie. 34605

Carl Schreiber. 34606

Paul Sacker. 34607

Herren- und Anabenanüge. 34608

Adolf Schwarzer. 34609

Otto Gübe. 34610

Ella Heidel. 34611

Fritz Rixe. 34612

Kaufhaus Ernst Franke. 34613

Schuhgeschäft Karl Koch. 34614

Curt Böhmman. 34615

Gasthof Wörmlitz. 34616

August Weiße. 34617

Alfred Schulte. 34618

W. Raufschub. 34619

Alfred Schulte. 34620

W. Raufschub. 34621

Alfred Schulte. 34622

W. Raufschub. 34623

Alfred Schulte. 34624

W. Raufschub. 34625

Alfred Schulte. 34626

W. Raufschub. 34627

Gustav Thiele, Könnern. 34601

Paul Behrendt. 34602

Otto Lederbogen. 34603

Modewaren- u. Konfektionshaus. 34604

Ludwig Heilig. 34605

Mechan. Wäsche- und Schürzenfabrik. 34606

Metropol-Theater. 34607

Lichtspiele Zentralhalle. 34608

Sanitäts-Mollerei. 34609

Messow & Waldschmidt. 34610

Strumpf-Wöchl. 34611

Butter, Käse und Fettwaren. 34612

J. & G. Höpner. 34613

Paul Strich. 34614

Robert Brandt. 34615

Alpina Uhren. 34616

Schuhlager. 34617

Fleischerei. 34618

Arthur Rohmer. 34619

Karl Fischer. 34620

Alfred Schulte. 34621

W. Raufschub. 34622

Alfred Schulte. 34623

W. Raufschub. 34624

Alfred Schulte. 34625

W. Raufschub. 34626

Alfred Schulte. 34627

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: je Hefen monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: 24. Brand: 2000 Kassenstraße für den Bezirk Halle-Merseburg, 60634, Halle, Vertriebsstelle: 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Breite; 20 Pfennig für Restzeile im Textfeld. Restzeile zu richten nach Halle, Vertriebsstelle: 14. Tel. 21645, 21647, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Kontakto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Verlagsadresse: Leipzig 100345 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Freitag, 3. Juni 1927

7. Jahrgang \* Nr. 129

## Tschangtscholin vernichtend geschlagen

### Sieg der revolutionären Wuhan-Truppen — Ein Schlag gegen den Weltimperialismus

#### Zum Tage

Halle, 3. Juni.

(Eig. Drahtm.) Wuhan, 3. Juni.  
Nach schweren Kämpfen hat die Armee von Wuhan die Stadt Tschangtscholin in Honan, das Einfallstor nach Nordchina erobert und Tschangtscholin vernichtet geschlagen. Ueber 100 000 Soldaten der Nordarmee wurden gefangen genommen und entwaffnet. Tschangtscholin befindet sich auf der Flucht nach der Wandshurei. In Erwartung des völligen Zusammenbruchs seiner Regierung haben Großbritannien und Frankreich beschlossen, einen Teil ihrer in China befindlichen Truppen nach Peking zu verlegen.

Wie aus Tokio gemeldet wird, haben die Vertreter verschiedener Arbeiterorganisationen beschlossen, im ganzen Lande einen Streik gegen die Entsendung weiterer Truppen nach China und ihre Zurückziehung der bereits dort hin entsandten Streitkräfte zu unternehmen.

Die letzten Entschlüsse sind noch nicht getroffen. Nach dem Zusammenbruch der Nordarmee wird die Haltung von Fengyuanfang eine besondere Rolle spielen. Die Frage der Revolution bis zum Ende hin? Das ist die Frage, die heute im Mittelpunkt des Interesses steht. Die Praxis kann erst die letzte Antwort geben.

Eins steht fest: Der Sieg der von allen Seiten beschimpften Wuhanregierung gegenüber der mit Geld und Waffen wohlstatteten, zahlenmäßig überlegenen Nordarmee, ist ein Sieg der revolutionären Moral über den Geist der Reaktion. Gegenüber der herrschenden Entschlossenheit einer Armee, die um eine Idee kämpft, haben die Kanonen und die Maschinengewehre der weißen Armee, die Plund Sterlings und die japanischen Pils nichts genützt. Das ist eine entscheidende Lehre, die sich in dem Krieg des Imperialismus gegen die Sowjetrepublik ebenfalls bestätigen würde.

Der Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, den wir in unserer letzten Nummer veröffentlicht haben, hat es dem SPD-Führern angetan. Die Abendausgabe des getragenen „Vorwärts“ antwortet mit einem Detailartikel, den wir am liebsten vollständig veröffentlichten würden, damit die Arbeiter die ganze Gefahr erkennen, die das Verhalten der verräterischen sozialpatriotischen Führer bedeutet. Ersten wird gesagt, daß die Politik von Chamberlain und der englischen Reichsregierung keine „unmittelbare Kriegsdrohung“ darstellt. Man sieht, die Leute lernen. Früher galt es überhaupt als ein Wahnsinn, wenn Kommunisten von Kriegsgefahr sprachen, jetzt wird nur die „unmittelbare“ Kriegsdrohung verneint.

Sie beschwören sich darüber, daß der Aufruf, den Dutschmarisch der Truppen und den Transport der Munition durch Deutschland als eine Selbstverständlichkeit im Falle des Krieges aufgeht. Dazu bemerkt der „Vorwärts“: „Diese für Rußland ungünstige Situation wird also ohne weiteres als die Selbstverständlichkeit dargestellt, obwohl sie das Feindeswegs ist.“ (1) Selbstverständlich oder nicht selbstverständlich, aber der Locomotiv-Pakt ist einmal da und seine unheimlichen Folgen für Deutschland, die die Kommunisten vor und nach Beschluß des Partes immer wieder aufgezeigt haben, was jetzt nicht einmal der „Vorwärts“ mehr zu beweisen. Selbstverständlich ist nur eins: daß diese Leute die Kriegsgefahr so lange leugnen werden, bis der Krieg in seiner blutigen Wahrheit vor ihnen liegt.

Die obige Meldung, die wir durch die Vermittlung der Berliner Telegramenagentur von Tokio erhalten, wird durch eine kurze Meldung der französischen bürgerlichen Zeitung „Information“ bestätigt. Diese Zeitung merkt aus Peking, daß Tschangtscholin von den Südruppen besetzt wurde. Gleichzeitig hat Tschangtscholin mehrere Fortschritte bei seinem Vormarsch gegen die Nordtruppen erzielt.

Der Zusammenbruch der Armee Tschangtscholins ist für die weitere

gesamte weltpolitische Entwicklung von ungeheurer Bedeutung. Die Tragweite dieser vernichtenden Niederlage der von Japan und England mit allen technischen Mitteln ausgerüsteten Heeresarmee ist gar nicht abzusehen. Englands politisches Ansehen wird im Fernen Osten eine alle bisherigen Schläge übersteigende Erschütterung erfahren. England und Japan stehen vor der Frage, ob sie in einem offenen Feldzug gegen die schließliche Freiheitsbewegung sich vollende entschlössen oder, versagen müssen, neue chinesische Armeen auszurufen. Nach dem Zusammenbruch Tschangtscholins wird dies ein fast aussichtsloses Unternehmen sein.

Ein förmliches Witzegebot erhebt der Detailartikel wegen der Angriffe des Aufrufs auf die sozialpatriotischen Führer. „Die Kommunisten beschimpfen die wahren Friedensfreunde, die härtesten Friedensfaktoren.“ Dabei wird in alter heuchlerischer Weise die sozialistische Arbeiterbewegung den sozialpatriotischen Führern gleichgesetzt.

Es wäre zwecklos, den SPD-Führern ein ABC der Dialektik einzuhaufen zu wollen. Aber mit Verlaub: Wer hat statt die Kriegsprotestanten anzugreifen, eine Hege gegen die 3. Internationale eingeleitet? Die rechten und die „linken“ SPD-Führer von Berlin bis Leipzig und Wien. Wer glaubte, daß wir ein Ausgeburat der Leiche Dankaus für zu mühen? Was! Der 2. Juni! Wo steht Guck nicht so beleidigt, wenn die Wahrheit über die Politik der sozialdemokratischen Führer gelagt wird!

## Chemiebetriebe

### Proteste gegen Kriegsprovokationen — Roter 6

In einer gestern stattgefundenen Versammlung der hallischen Feinmechaniker wurde nach einem Referat des Genossen Carl Hällein (Berlin) folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 2. Juni im „Vorwärts“ veröffentlichen hallischen Arbeiter des Weimars bescheiden in dem Vorhinein überfall auf die Räume der Sowjetbotschaftsdelegation und im Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion eine Herausforderung nicht nur des deutschen Arbeiters und Bauernstandes, sondern der arbeitenden Massen der ganzen Welt. Die Kriegsgefahr ist durch die Provokationen des britischen Imperialismus, durch die wachsenden Rüstungen und die in größtem Maße betriebenen Vorbereitungen zu einem Feldzug gegen die Sowjetunion in unmittelbarer Nähe gerückt worden.

Die Arbeiter der Großbetriebe Deutschlands können der drohenden Gefahr gegenüber nicht untätig bleiben. Sie wissen, daß die Neutralitätserklärungen, die jetzt in Deutschland laut werden, von den deutschen Ausbeuterklasse und ihrem staatslich-militärischen Gewaltapparat geheißen sind wie ein fettes Papier behandelt werden.

Die Feinmechaniker wollen sich mit wachsender Angst das verabschiedete Treiben der Kriegstreiber in Deutschland. Es entsteht ihnen nicht, daß die Kriegstreiber gerade hier in Mitteldeutschland, in der Hochburg der deutschen Krustpittas, mit allen Mitteln geführt und gefördert wird. Deshalb rufen sie den Beschäftigten der heimischen Großbetriebe Mitteldeutschlands, und der Gesamtarbeiterschaft, sowie allen ehrlichen Gegnern eines neuen imperialistischen Völkergemeinets zu:

Dauert keine offenen und geheimen Vorbereitungen zu einer Einbeziehung Deutschlands in die Kriegesfront gegen die Arbeiter- und Bauernrepublik!

Deutschland darf kein Aufmarschgebiet im imperialistischen Kriege werden!

Sünde weg von Sowjet-Rußland!

Die verammelten Feinmechaniker haben aus den Niederlagen des revolutionären Proletariats in Mitteldeutschland gelernt. Sie wissen heute, daß nur die geschlossene einheitliche Front der Arbeiterbetriebe dem Imperialismus und dem Völkergemeinets gegenüber standhalten und der Sache des Proletariats zum Siege verhelfen kann. Deshalb erheben sie in dem Berliner roten Pfingsttreffen eine maßvolle Kundgebung für die Politik des Friedens. Nur der revolutionäre Massenkampf kann heute den Frieden verhindern. Das rote Pfingsttreffen ist ein Aufruf nicht nur der kämpfenden Arbeit der hiesigen Arbeiterbetriebe, sondern auch ein Signal zur Aufstellung der Millionen von Arbeiter, die den ungeheuren Ernst der heutigen Lage noch nicht begriffen haben.

Die verammelten Feinmechaniker werden alles tun, damit der letzte indifferenten Arbeiter im Feinmechanik über die drohende Kriegsgefahr aufklärt wird und sich der am 5. Juni in Berlin aufmarschierenden roten Massenfront anschließt.

Roter Feinmechaniker dem roten Berlin!



Die Versammlung geben sich nicht der Täuschung hin, als ob mit diesem Akt keine Kriegsgefahr verbunden sei. Schon die Tatsache, daß sich England in Frankreich und Deutschland verbündete gegen Sowjet-Rußland und die Arbeiterbetriebe, ist ein Beweis der Unmöglichkeit, die Welt zu retten, wenn ein Krieg gegen Rußland bedeutet Krieg dem einzigen Hort der proletarischen Revolution. Seine Vernichtung bedeutet zugleich die Schwächung der proletarischen Kampfkräfte, aber auch Sieg der internationalen Bourgeoisie über das internationale Proletariat auf Jahre hinaus.

Die Chemiearbeiterbetriebe insbesondere fühlen sich verpflichtet, mit aller Kraft an die Organisation des Kampfes gegen den Krieg heranzugehen. Sie sind uns als Stützpunkt und Stützpunkt vornehmende Arbeiterschaft der großen unteren Aufgaben durchaus bewußt. Das wir wollen und werden die Sieger sein!

Darum erklären sich die Verammelten solidarisch mit dem großen Befreiungskampf der revolutionären Truppen in China vom Joch des Imperialismus, mit dem ersten Friedenswilligen Sowjet-Rußland und geloben, die größte Aktivität zu entfalten, wenn es gilt, den Angriff auf Sowjet-Rußland entschieden abzuwehren.

Die Versammlung beschloß, eine Delegation der Betriebe zum Reichstreffen des RAB und zur Finanzierung einer Sammelaktion zu organisieren.

Die hallische Feinmechaniker-Versammlung (über die wir am anderen Tage berichteten) hat manche politische Lehren mit sich gebracht, die im Interesse der Bewegung gegen die Kriegsprovokationen nicht unerwähnt bleiben sollen. Die erste Lehre: Nur eine kleine Schaar der wirklich klugen Arbeiter hat den ungeheuren Ernst der Lage bis jetzt begriffen. Sicher wird in den Betrieben viel mehr diskutiert als vor einigen Monaten. Alle sagen: „Wir gehen nicht mit!“ Aber wie viele bezweifeln nicht, daß ein neuer Weltkrieg keine Wiederholung des Weltkrieges von 1914 sein wird, und daß es nicht auf die Verweigerung des Kriegsdienstes, sondern auf die Verhinderung des Krieges ankommt. „Wir sind die Borst“, sagte mit diesem Ernst ein paritätischer Arbeiter, der in diesem Augenblick begriffen hat, welche Aufgaben heute einer ehrlichen Arbeiterklasse bevorstehen. Wie viele schlafen noch! Wie viele werden durch die fahnen, Geist und Körper tödende Arbeit gemüht!

Die andere Lehre: Um so erfreulicher ist die Klarheit, mit welcher die Arbeiter der Feinmechanikbetriebe, wenigstens ein Teil von ihnen, immerhin ein antichinesisches Ziel, die die Kriegsgefahr erkannt haben. Die unbedingte Solidarität mit Sowjet-Rußland hat in den Feuerungen und im Verhalten kommunistischer, parteiloser und auch einiger sozialdemokratischer Arbeiter mit voller Deutlichkeit zum Ausdruck. Hier haben bewußte und unbewußte Agenten der Imperialisten nichts zu suchen. Das konnten die Provokateure gestern ein für allemal zur Kenntnis nehmen.

Der hallische „Vorwärts“ vom 1. Juni nimmt in einem Detailartikel Stellung gegen die Westorientierung Deutschlands. Mit einer Deutlichkeit, die sich in der hallischen Presse bis jetzt nie bemerkbar gemacht hat, wird erklärt: „Wir wollen keinen Krieg mit England und Frankreich gegen Rußland. Es sei allen Verantwortlichen eingeschrieben: in solchen Falle (Teilnahme Deutschlands) revoltiert das deutsche Volk in breitesten Schichten.“ Was ist das? Nebenfalls ein Zeichen dafür, daß breite Kreise der Mitgliedschaft auch der nationalpolitischen Bewegung gegen die Kriegstreiber der sozialistischen Führer rebellieren, und daß ihre Presse diesem Umstand Rechnung tragen muß!